

Prämienverbilligung: Untauglicher Gegenvorschlag

Die Regierung will unserer Initiative «Für faire Prämienverbilligung» einen eigenen Vorschlag gegenüberstellen. Dieser Vorschlag löst das Problem nicht. Schlimmer: Er zeigt, dass die Regierung nicht gewillt ist, das Problem der steigenden Prämien ernst zu nehmen.

Die Regierung hat die Mittel für die Prämienverbilligung seit 2003 kaum erhöht. Die Folgen für die Versicherten sind bekannt:



Die Belastung für die Grundversicherung stieg bis auf maximal 14,5 Prozent des steuerbaren Einkommens. Nach Ansicht der SP

ein viel zu hoher Anteil des Einkommens! Mit unserer Initiative fordern wir eine Maximalbelastung von 10 Prozent.

Nun hat die Regierung bekannt gegeben, wie sie die Prämienverbilligung in Zukunft regeln will: Sie will die Mittel für die Prämienverbilligung jährlich dem Landesindex der Konsumentenpreise anpassen. Nach Ansicht der SP genügt das jedoch bei weitem nicht:

1. wird die starke Zunahme der Maximalbelastung der vergangenen Jahre nicht korrigiert – sie bleibt zu hoch.

2. steigen die Gesundheitskosten stärker als der gewählte Index – weitere Erhöhungen der Maximalbelastung sind somit absehbar.

Vor diesem Hintergrund kommt es für die SP überhaupt nicht in Frage, die Initiative zurückzuziehen. Wir betrachten den «Gegenvorschlag» der Regierung als völlig ungenügend.

Lückenhafte Botschaft

Ungenügend ist auch die (provisorische) Botschaft der Regierung ans Parlament. So hat es die Regierung offensichtlich nicht für nötig erachtet, zwei Anfragen aus Kreisen des Initiativkomitees rechtzeitig zu beantworten und die Erkenntnisse in die Stellungnahme zur Initiative einfließen zu lassen.

Auch die Aussagen der Botschaft zu den Kostenfolgen der Initiative sind sehr problematisch. Die Initiative hätte Mehrausgaben von 60 Millionen Franken zur Folge, ist da zu lesen. Belegt ist diese Aussage aber nicht. Es fehlen sogar Angaben zur Aufteilung der Mehrkosten zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

Eigene Schätzungen zeigen: Die Zahl der Regierung ist deutlich zu hoch. 2009 hätte unsere Initiative Mehrkosten von 40 bis 45 Millionen Franken verursacht. Davon gut die Hälfte zulasten des Bundes und je etwa 10 Millionen Franken zulasten von Kanton und Gemeinden.

Mit anderen Worten: Mit einem Bruchteil des Geldes, das der Kanton für die nächste Steuersenkungsrunde einsetzen will, könnten 35 bis 40 Prozent der Luzerner Haushalte massiv entlastet werden.

Unsere Initiative ist also nicht nur sozialpolitisch wichtig – sie ist auch konjunkturpolitisch goldrichtig, denn sie erhöht die Kaufkraft vieler Haushalte!

Die vollständige Vernehmlassungsantwort der SP findet sich hier: www.sp-luzern.ch/kantonalpartei/standpunkte/vernehmlassungen/vernehmlassungen_2009

Jörg Häfliger, Mitglied des Initiativkomitees



Fraktionsausflug ins Rot-Tal am 23. Juni 2009

Das Rottal ist wahrlich nicht für seine Liebe zur Sozialdemokratie bekannt. Nomen ist hier definitiv nicht Omen. Nichtsdestotrotz – oder gerade deswegen – führte uns der diesjährige Fraktionsausflug in die Gemeinden Grosswangen, Buttisholz und Ruswil.

Am Nachmittag des zweiten Sessionstages im Juni, dem 23. Juni, führte die Rottal Auto AG rund 35 Genossinnen und Genossen nach Grosswangen, der ersten Station.



Vilma Fischer präsentierte ihre Pastafabrikation und die Ideen dahinter auf eine sehr authentische und temperamentvolle Weise. Die Grosswanger Bauern- und Familienfrau mit italienischen Wurzeln produziert

seit 2004 Teigwaren und verschiedene andere Highlights aus der italienischen Küche. Die TeilnehmerInnen des Fraktionsausfluges konnten sich bei einem Apéro davon überzeugen.

Per Bus ging's zurück nach Buttisholz, wo der Filmemacher und Künstler Robi Müller sein Atelier hat. Er ist vor allem für seine Trickfilme bekannt, sowie für den Film «Faustrecht», der jugendliche Gewalttäter

porträtiert. In seinem Atelier zeigte er seine aktuelle Arbeit in verschiedenen Trickfilmprojekten. Beeindruckend zu sehen, wie viel es braucht, bis so ein Film fertig ist. Zudem erfuhren wir Interessantes über die Problematiken des Kulturschaffens auf der Landschaft.

Im «Kulturraum am Märtpplatz» in Ruswil fand das Nachtessen statt, welches von einer Bauernfamilie aus

Ruswil zubereitet und vom Barteam des Kulturraumes serviert wurde. Die Schwyzerörgeli-Musik zum Apéro unterstrich den ländlichen Touch des Fraktionsausfluges bestens. Zwischen den Gängen erzählte der Volkskundler Otto Bernauer von der Mordnacht auf dem Huobschürhof in Ruswil. Der Täter ermordete 1909 vier Menschen und wurde als einer der letzten im Kanton Luzern zum Tod verurteilt und hingerichtet. Abschliessend durfte die Fraktionschefin Silvana Beeler ihrer Vorgängerin Felicitas Zopfi für ihre Arbeit danken und Urs Thumm als Kantonsrat verabschieden.

Der Fraktionsausflug zeigte, dass das Rottal in den Bereichen Kulinarik, Kunst und Kultur einiges zu bieten hat. Und zumindest für einen Nachmittag wurde das Rottal seinem Namen gerecht...

Priska Loren, Kantonsrätin, Grosswangen

VILLENZONEN NEIN

Der ruinöse Kampf der Kantone geht weiter: Nach Obwalden will auch Luzern auf Sonderbauzonen für Reiche setzen. Unter dem unverfänglichen Stichwort «Wohnschwerpunkte» ermöglicht der neue Richtplan die Schaffung von Villenvierteln auf der grünen Wiese. Sonderbauzonen für Reiche bringen neben einer Ungleichbehandlung der Bürgerinnen und Bürger zahlreiche weitere negative Folgen mit sich. Die Petition verlangt, dass Villenzonen aus dem kantonalen Richtplan 2009 gestrichen werden.

Bitte unterschreibt die Onlinepetition unter www.villenzonen-nein.ch

Die neue Geschäftsleitung

Die GL der SP Kanton Luzern hat sich an ihrer Sitzung vom 4. Mai 2009 die definitive Organisationsstruktur für die kommende Amtsperiode gegeben. Die GL freut sich auf eine spannende politische Arbeit und erhofft sich durch die Zuteilung von Zuständigkeiten auch für die Parteimitglieder und -funktionärInnen klare Ansprechpersonen zu schaffen (einen genauen Beschrieb der Funktionen findet ihr auf unserer Homepage unter www.sp-luzern.ch/kantonalparteiorganisation/geschaeftsleitung).



Felicitas Zopfi-Gassner Präsidentin und Ressort Gemeindeexekutiven



Daniel Gähwiler Vize Präsident, Ressort politische Bildung



Silvana Beeler Fraktionschefin Kantonsrat



Sara Müller Vertreterin JUSO



Valentina Smajili Ressort SPS



Marcel Budmiger Ressort Arbeitsgruppen



Sebastian Dissler Parteisekretär ab 1. August 09



Ernst-August Heese Redaktion links.lu



Cornelis Heijman Finanzchef



Pascal Ludin Parteisekretär



Tarik Ordu Second@s plus und Ressort politische Kampagnen



Hans Widmer Ressort Mitglieder

SEKTION ENTLÉBUCH

Eva Zogg ist neue Kassierin



Eva Zogg und Ruedi Schwery

Die 9. GV der SP Amt Entlebuch hat am 9. Mai 2009 Eva Zogg aus Flühli zur neuen Kassierin gewählt. Sie folgt auf Ruedi Schwery, der das Amt seit der Gründung im Jahr 2000 ausgeübt hat. An der Versammlung im Restaurant Kreuz, Schüpfheim, wurde Ruedi Schwerys zuverlässige und exakte Arbeit gewürdigt und mit einem Gut-schein für einen Besuch beim «Hexer» (Gasthof Rössli in Escholzmatt) verdankt.

Den Schwerpunkt der GV bildete das Thema «Flüchtlingswesen». Gastreferentin Isabelle Müller von der Rechtsberatungsstelle der Caritas Schweiz erläuterte das heutige, sehr

komplizierte Asylverfahren. Danach berichtete eine Asylbewerberin aus Eritrea über ihren Fluchtgrund und den langen Weg in die Schweiz bis nach Escholzmatt. Unter der Leitung von Karin Strässle folgten vier szenische Einlagen, in denen Begebenheiten aus einem Empfangszentrum für Asylsuchende auf eindruckliche Weise nachgespielt wurden.

Unter den Gästen der GV weilten die frisch gewählte Präsidentin der Kantonalpartei, Felicitas Zopfi, ihr Ehemann Stefan Zopfi sowie aus Langnau SP-Gemeindepräsident und Grossrat Bernhard Antener und Gemeinderätin Verena Gertsch.

SECONDO@S PLUS

Verfassungsinitiative steht!

Die Verfassungsinitiative der Second@s plus wurde am 18. Juni 2009 mit über 5200 Unterschriften an die Staatskanzlei des Kantons Luzern übergeben.

Die Initiative mit dem Titel «mit(be)stimmen!» soll es den Gemeinden ermöglichen, niederlassungsberechtigten Ausländerinnen

und Ausländern das Stimmrecht zu gewähren. Die Second@s plus wollen sich so für mehr Demokratie und mehr Integration durch politische Partizipation einsetzen.

Die SP gratuliert den Second@s plus für ihren grossartigen Erfolg und für den unermüdlichen Einsatz auf der Strasse.



Die Second@s plus bei der Übergabe der Unterschriften.

Durchgezogene Bilanz bei den Stadtratswahlen

Die SP zieht zu den Wahlen 2009 eine durchgezogene Bilanz. Mit dem neu dazugewonnenen Sitz der Juso wird die Fraktion neu 11 Mitglieder haben und



bleibt damit weiterhin die grösste Fraktion im Grosse Stadtrat. Die SP-Stadträtin Ursula Stämmer wurde mit einem sehr guten Resultat schon im 1. Wahlgang deutlich bestätigt.

Weiter haben die Juso einen sensationellen Erfolg erzielt. Der Sitz ist verdienter Lohn für eine aktive und provokative junge Politik in den letzten Jahren. Ein Achtungserfolg ist auch das Ergebnis von David Roth mit 3383 Stimmen bei den Stadtratswahlen. Damit hat er insbesondere auch den Kandidaten der SVP, René Kuhn, deutlich überrundet und auf der SP-Liste für die Grosse Stadtratswahlen das zweitbeste Ergebnis erzielt.

Freude hat die SP auch am guten Ergebnis der beiden Littauerinnen Luzia Mumenthaler-Stofer (Co-Präsidentin SP Stadt Luzern) und Theres Vinatzer. Beide haben sich durch ihre kompetente Politik im Littauer Einwohnerrat einen hervorragenden Ruf

erworben. Ebenfalls die verdienten Lorbeeren für überzeugende Politkarriere einheimen konnte Markus Elsener, der als Fraktionschef in den letzten zwei Jahren die Fraktion mit klaren Voten und sachlichen Argumenten ausgezeichnet geführt hat und jetzt das beste Resultat auf der Liste erzielte.

Die SP freut sich auch, in Zukunft durch eine sehr gute, moderne und junge Fraktion vertreten zu sein: Sechs von elf Mitgliedern sind unter 35, sieben von elf sind Frauen. Bitter ist es dagegen, dass drei der bisherigen SP-Vertreterinnen die Wiederwahl nicht geschafft haben: Anita Weingartner, Dorothee Kipfer und Esther Steiger-Müller. An dieser Stelle sei für ihren Einsatz in der vergangenen Legislatur herzlich gedankt.

Wahlprognosen gingen im Vorfeld aufgrund der Fusion mit Littau, wo die SP traditionell viel weniger stark vertreten ist als in der Stadt, von Sitzverlusten zwischen zwei und vier Sitzen aus. Somit entspricht auch der Wähleranteil von 21 Prozent den prognostizierten Einbussen aus der Fusion. Mit einer sehr grossen und ausgewogenen Kandidierendenliste und einem beeindruckenden persön-

lichen Engagement aller Beteiligten versuchte die SP WählerInnen und Wähler zu mobilisieren. Dies gelang nur bedingt, wie die sehr tiefe Stimmbeteiligung von 31.6 Prozent belegt. Eine detaillierte Wahlanalyse wird noch erstellt werden. Momentan lässt sich bloss vermuten, dass die nationale politische Grosswetterlage und die neue Konkurrenz durch die Grünliberalen, die auf Anhieb drei Sitze holten, eine Rolle gespielt haben.

Die SP Stadt Luzern hatte sich gemeinsam mit den Littauer GenossInnen frühzeitig und intensiv auf diese ersten Wahlen in den vereinigten Stadtrat vorbereitet. Am Anfang stand die Vereinigung der beiden Ortsparteien. An einer breit abgestützten Klausur wurden zu Beginn die wichtigsten Themen für den Wahlkampf festgelegt. Für jeden Schwerpunkt (Wohnen, Verkehr, Sicherheit) wurde je ein eigener, ansprechender Flyer gestaltet, die unter die Wählerinnen und Wähler gebracht wurden. Es wurde eine Wahlhomepage aufgeschaltet und sogar Werbung im Kino gemacht. Weitere Massnahmen waren Postkarten, Post-it-Blöcke, Anstecker, ein Velowimpel, eine Briefmarkenaktion oder der Versand von SMS.

Besonders erfreulich war, dass wir 34 Kandidierende auf unsere gemeinsame Wahlliste nehmen konnten und dass es sich um eine ausgeglichene Vertretung der beiden Gemeinden, verschiedener Altersgruppen, beruflicher Hintergründe und beider Geschlechter handelte. Die Mitgliederversammlung beschloss auch, dass die Littauer VertreterInnen zuoberst auf der Liste aufgeführt waren.

Es fanden 14 Standaktionen in Littau und Luzern statt. Einige dieser Standaktionen wurden zu besonderen Anlässen ausgeweitet, so zum Beispiel die Rosenaktion vor dem Muttertag, der Aktionstag auf dem Kornmarkt und auch die Aktion, an welcher wir ein Znüni-Säckli verteilten. Auch ein Flyer mit unserem Leistungsausweis wurde erarbeitet und durch die Kandidierenden in die Briefkästen Luzerns und Littaus verteilt. In der Wahlanalyse wird auch die Wirksamkeit all dieser Massnahmen ein Thema sein.

Schliesslich ist es unser Ziel, die verlorenen Sitze bei den nächsten Wahlen schon in zwei Jahren wieder zurückzuholen!

Luzia Mumenthaler, Co-Präsidentin SP Stadt Luzern

Zum Rücktritt von Co-Präsidentin Alice Heijman

Seit wann ist Alice SP-Mitglied? Sie weiss es nicht. Seit wann und wie lang war sie Mitglied der GL der städtischen SP? Auch das weiss sie nicht! Diese beiden Sachverhalte zeigen beispielhaft, mit welcher menschlichen Bescheidenheit Alice ihre Arbeit in der SP ausübte. Wir wissen immerhin gesichert, dass sie am 17. Februar 2006 als Co-Präsidentin gewählt wurde. Dieses verantwortungsvolle und nicht immer leichte Amt hat sie mit Umsicht und Engagement ausgeübt.

Als Wegbegleiter habe ich immer wieder ihr grosses soziales Engagement herausgespürt. Sie war in Sitzungen, an Versammlungen und Verhandlungen immer die Ruhe selbst und dabei doch eindeutig fassbar und bestimmt. Und mir ist immer wieder aufgefallen, wie hilfsbereit sie war. Es war ihr keine Arbeit zu viel, kein Termin unpassend. Der NLZ am 20. Februar 2006 hat sie in einem Interview gesagt: «Luzern soll eine soziale Stadt sein und bleiben. Für die nächsten Wahlen streben wir



Alex Schönenberger, Luzia Mumenthaler und Alice Heijman bei der Fusion der SP-Sektionen Littau-Reussbühl und Stadt Luzern.

eine linke Mehrheit an.» Aus diesem Verständnis heraus hat sie 2008 zusätzlich das Amt der Leiterin des Wahlausschusses übernommen. Die vielen verschiedenen Aktivitäten im Zusammenhang mit den wichtigen Wahlen zeugen vom grossen und kompetenten Einsatz von Alice. Möge ihre hohe Zielsetzung in Erfüllung gehen.

Nicht nur als Wahlleiterin, sondern auch als Grosse Stadträtin bleibt uns Alice Heijman glücklicherweise weiterhin erhalten. Im Grosse Stadtrat war sie lange Mitglied der Sozialkommission. Seit einigen Monaten leitet sie als Präsidentin die wichtige Geschäftsprüfungskommission.

Im Namen der SP Stadt Luzern und der GL danke ich Alice für den grossen und langjährigen Einsatz für die Stadtpartei. Wir verdanken ihr sehr viel. Mehr wohl, als wir im Moment ihres Ausscheidens aus dem Amt erahnen können.

Alex Schönenberger, Co-Präsident und Wegbegleiter

Bunt statt braun

Schlachten zu feiern hat in unserer Zeit einen leicht anachronistischen und chauvinistischen Beigeschmack. Das Beschwören nationaler Mythen hat aber in den bürgerlichen Kreisen lange Tradition und so wird auch der Schlacht bei Sempach jedes Jahr gedacht.



Seit mehreren Jahren defilieren aber nicht nur Studentenverbindungen, Zünfte und bürgerliche Parteien. An die Festtruppe reiht sich nahtlos eine Horde von Neonazis, die in Reih und Glied mitmarschieren. Letztes Jahr stellten sie mit 250 Personen bereits einen Viertel aller TeilnehmerInnen.

Und was tut die Luzerner Regierung als Organisatorin der Schlachtfeier?

Im Jahr 2006 sagte Regierungsrat Schwingruber gegenüber Tele Tell: «Solange sie sich anständig und ruhig verhalten, habe ich nichts dagegen. Wir haben eine Versammlungsfreiheit. Es darf sich jeder hier präsentieren, und ich habe jetzt gar nicht den Eindruck, dass sie gestört haben.»

Dieses Jahr fand der offizielle Umzug nicht statt. Dafür eine illegale Kundgebung der Rechtsextremen. Die Polizei liess sie gewähren. Viel lieber beschäftigte sie sich mit der Einkesselung der JUSO, die sich auf dem Heimweg befand. Beat Hensler gab als Grund für diese Aktion an, dass sich 3 Leute verummumt hätten.

Diese Provokation war ein weiterer Versuch der Luzerner Regierung die JUSO in die Extremistenecke zu drücken und sie mit den Rechtsextremen gleichzusetzen.

Es ist bedenklich, dass die Luzerner Regierung weiterhin vor demokratie- und fremdenfeindlichen Ideologien kuscht und Rechtsextreme mit Samthandschuhen anfasst. Diese gängige Praxis ist Ausdruck von Feigheit oder schweigender Zustimmung und entspricht dem Gegenteil einer couragierten Zivilgesellschaft.

David Roth, SP/JUSO-Grossstadtrat Luzern

NACHRUF

Fritz Lanz

(16. Juni 1922 bis 26. Mai 2009)

Fritz, trotz des Aufstiegs in hohe politische Ämter immer bescheiden, glaubwürdig und sich selbst treu, seiner Arbeit mehr verbunden als dem Herumstehen an Empfängen, Gewerkschafter, Genossenschaftler und Politiker, stets im Dienste der Gemeinschaft, ist 87-jährig gestorben.

Zunächst kannte ich Fritz nur flüchtig, als Nachbar mit den drei Buben, der jeweils im Sommer mit dem «Alpenkreuzer» in die Campingferien fuhr. Das hat sich 1971 geändert, da wir beide für den Grossen Stadtrat kandidierten, und der «Telefönlner» und der «Pöstler» wurden schliesslich auch gewählt.

Die damals nur sechsköpfige SP-Fraktion war um Fritz Lanz sehr froh. Als Familienvater, aktiver Gewerkschafter (ZV-Mitglied der PTT-Union) und als GL-Mitglied der Allgemeinen Baugenossenschaft Luzern (ABL) brachte er grosse Erfahrung mit. Fritz kam in die Baukommission und entwickelte sich bald zu einem Schwerkörper im Stadtparlament. 1975 wurde er Fraktionschef.

Politische Schwerpunkte seiner achtjährigen Zugehörigkeit zum Stadtparlament waren der Schutz der Umwelt, eine gute Qualität der Volksschulen, preisgünstige, kinderfreundliche Wohnungen, die Förderung des Öffentlichen Verkehrs und sinnvolles Sparen.

Unerwartete Wende

Die politische Laufbahn des Fritz Lanz hätte wohl mit der Wahl zum Grossstadtrats-Präsidenten im Jahre 1980 ihren Höhepunkt erreicht, wäre nicht mitten im Wahlkampf 1979 der damalige SP-Stadtrat Werner Weiss plötzlich verstorben. Um den Sitz der Luzerner Arbeiterbewegung im Stadtrat verteidigen zu können, kam allein Fritz Lanz in Frage. Innerhalb von vier Tagen war er nominiert. Und im zweiten Wahlgang, den drei Kandidaten bestritten, erreichte Fritz das Bestresultat.

Als Stadtrat und Vormundschaftsdirektor nahm er Einsitz in zahlreiche kommunale und regionale Leitungsgremien des Sozialbereichs. Der Stadtrat unterstellte ihm zudem die städtische Zivilschutz-Organisation.

■ Die regionale Trägerschaft für die Notschlafstelle,



Fritz Lanz, alt Stadtrat und alt Nationalrat

- die Verbesserung des ambulanten Hauskrankendienstes (der späteren Spitex),
- die Einrichtung des Frauenhauses am heutigen Standort,
- der Weiterbetrieb des Kinderheims Hubelmatt,
- die finanzielle Sanierung des Jugendheims Schachen,
- die Konsolidierung des Jugendhauses «Wärchhof»,
- der Ausbau der damaligen Alters- und Hinterlassenen-Beihilfen (AHIB)
- und die Anpassung der Zivilschutzorganisation an die rückläufige Bevölkerungsentwicklung sind Beispiele für das unermüdete Wirken von Fritz Lanz während seiner achtjährigen Amtszeit.

Seine menschlichen Qualitäten machten Fritz zu einem wertvollen Kollegen im Stadtrat, obwohl er in der Exekutive seine politischen Anliegen hartnäckig vertrat und gelegentlich aneckte. Aber er war auch offen für andere Meinungen und zu Konzessionen bereit. 1983 wurde Fritz mit der höchsten Stimmenzahl wiedergewählt und im gleichen Herbst zog er als Nachfolger von Toni Muheim in den Nationalrat ein. Die vierjährige Doppelfunktion Stadtrat und Nationalrat hat Fritz zwar als stressig erlebt, doch mit dem Hintergrund als Luzerner Sozialvorsteher konnte er sich in Bern gut einbringen, so etwa bei den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Aber auch die Anliegen

des Umweltschutzes, der Wohnbauförderung und der Arbeitnehmerschaft hatten bei seiner Tätigkeit auf Bundesebene eine hohe Priorität. Nachdem Fritz während seiner zweiten Amtsperiode auch noch dem Büro des Nationalrates angehört hatte, trat er 1991 von der politischen Bühne ab.

Besondere Verdienste hat Fritz auch durch sein Engagement um den gemeinnützigen Wohnungsbau erworben. Er wurde 1970 in den Vorstand der ABL und wenig später in die GL gewählt. Zwölf Jahre lang, von 1978 bis 1990, war er Präsident dieser von der Mitgliederzahl her grössten Wohnbaugenossenschaft der Schweiz. Während seiner Präsidentschaft wurde die Expansion der Wohnbautätigkeit der ABL in die Agglomerationsgemeinden in die Wege geleitet.

Bis vor wenigen Jahren war Fritz an Mitgliederversammlungen der SP oft präsent. In Erinnerung bleiben uns seine klaren und verständlichen Voten.

Dass nach längerer Leidenszeit sein Tod für ihn und für alle, die mit ihm litten, schliesslich eine Erlösung war, möge unsere Trauer um den treuen Freund und Mitstreiter etwas lindern. Fritz, wir danken dir für alles, und du bleibst uns immer in guter Erinnerung.

Werner Schnieper, alt Stadtrat

IMPRESSUM

Herausgeberin:

SP Kanton Luzern
Theaterstrasse 7, 6003 Luzern
Telefon 041 311 05 85
Fax 041 311 05 86
info@sp-luzern.ch
www.sp-luzern.ch

Redaktion:

Pascal Ludin
Jörg Häfliger
Osi Stalder
Anita Weingartner

Redaktionsschluss Nr. 101:

7. August 2009